



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XII/68 - 22. März 1967

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0896890

Hinweise auf den Inhalt:

Die Nachteil des Devisenschutzes	S. 1
Um die Souveränität Singapurs	S. 3
Finanziert das Bundespresamt die Wahlpropaganda der CDU?	S. 5

Die Stationierungskosten sind tot - die Verteidigungshilfe lebt!

Von H.J. Ritzel, M.d.B.

Im Rahmen eines Nachtragshaushalts hat sich der Bundestag vor kurzem mit weiteren Stationierungskosten für die der NATO angehörenden Westmächte befasst. Nach den zwischen dem Auswärtigen Amt und den einzelnen Staaten getroffenen Vereinbarungen, die gegen die Stimme der SPD von der Mehrheit des Bundestages genehmigt wurden, erhielten die Vereinigten Staaten 650 Mio DM, Grossbritannien 400 Mio DM, Frankreich 278 Mio DM, Belgien 138 Mio DM, Kanada 6,5 Mio DM, Dänemark 2,275 Mio DM und Holland 0,773 Mio DM. Insgesamt erhielten die Entsendestaaten demnach 1 455 Mio DM als Stationierungskosten für 1956.

In der Zwischenzeit haben mehrere NATO-Partner neue Forderungen zu Lasten des Rechnungsjahres 1957 angemeldet. Unter Führung des Auswärtigen Amtes hat die Bundesrepublik ein großzügiges Angebot gemacht. Sie will für 1957 zwar nicht als Stationierungskosten, aber als finanzielle Verteidigungshilfe den Betrag von 1,2 Milliarden zur Verfügung stellen. Davon sollen auf Grossbritannien 688 Mio DM, auf Frankreich 225 Mio DM und auf die anderen Entsendestaaten 50 % der Vorjahresbeträge mit insgesamt 380 Mio DM entfallen.

Auch die Bundesregierung bejaht in Übereinstimmung mit der Opposition die sozialdemokratische Feststellung, dass eine rechtliche Verpflichtung zur Zahlung von Stationierungskosten nicht mehr besteht. Die Ansprüche der Entsendestaaten aus dem Finanzvertrag vom 23. Oktober 1954 sind befriedigt. Sonstige rechtliche Bindungen existieren

nicht. Auf die Frage, worauf sich die Offerte von 1,2 Milliarden DM gründet, weist die Bundesregierung auf Artikel 3 des Nordatlantik Paktes hin, wonach die Vertragspartner "einzeln und gemeinsam durch ständige und wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung die eigene und gemeinsame Widerstandskraft gegen bewaffnete Angriffe erhalten und fortentwickeln werden".

Über die Zulänglichkeit dieser Begründung einer rechtlichen Verpflichtung lässt sich ebenso streiten wie über die grosszügige Höhe des Angebots selbst. Während Grossbritannien 1956 im ganzen 400 Millionen DM Stationierungskosten erhielt, erhält es 1957 588 Millionen DM und dies zur gleichen Zeit, in der die britischen Truppen auf deutschem Boden verringert werden. Während Frankreich im Jahre 1956 als Stationierungskosten 278 Millionen DM erhielt, soll es bei unbekannter Zahl der noch auf deutschem Boden stationierten französischen Truppen 1957 225 Millionen DM erhalten.

Die Bundesregierung tröstet sich mit dem Hinweis, dass die Zahlungen im Gesamtbetrag von 1,2 Milliarden DM einmaliger Natur seien und dass sie nicht zum Anlass späterer Forderungen auf Wiederholung gemacht werden könnten. Ähnliches hat man auch gehört, als die ursprünglich geplanten Zahlungen für 1956 bis zum 5. Mai 1956 auf 230 Millionen DM beschränkt wurden, woraus dann später die erwähnten 1 455 Millionen DM geworden sind.

Die Stationierung alliierter Truppen auf deutschem Boden ist eine NATO-Verpflichtung der beteiligten Mächte. Ein Entgelt hierfür ist rechtlich nicht begründet. Die Leistungen der einzelnen Mächte für die in Europa stationierten Truppen sind nichts anderes als ein Bestandteil der Verpflichtungen, die zu erfüllen sind, gleichgültig wo die Truppen stationiert sind. Kein anderer Staat ausser der Bundesrepublik zahlt Stationierungskosten, auch England nicht für die dort stationierten amerikanischen Truppen, auch Frankreich nicht für die verbündeten Truppen auf seinem Boden. Die Bundesrepublik zahlt an Grossbritannien die Summe von 588 Millionen DM zur Überwindung der in London durch den Suezkonflikt entstandenen Schwierigkeiten. Es ist ein grosszügiger Beitrag der Bundesrepublik zu den englischen Suezausgaben. Ähnlich verhält es sich mit dem Beitrag für Frankreich.

Eine Mehranforderung zur Etatisierung der 1,2 Milliarden DM

werden aus dem Haushalt des Verteidigungsministers entnommen. Herr Strauß verfügt also nicht über die in seinem Haushalt für 1957 vorgesehenen 9 Milliarden, sondern nur über 7,8 Milliarden. Er wird schätzungsweise auch nicht über die restlichen Beträge verfügen können, die aus nicht verbrauchten Mitteln in seinem Haushalt noch zur Verfügung stehen, denn diese Mittel werden zum Ausgleich des Haushalts 1957 für Zwecke benötigt, die die Bundesregierung im Haushaltsplanentwurf nicht vorgesehen hat und die werden hierfür noch nicht einmal ausreichen.

* * *

Singapur zwischen Ost und West

Unser Mitarbeiter, der während seiner Ostasienreise auch zweimal die englische Insel festung Singapur besuchte, gibt in Anbetracht der jetzt in London stattfindenden Souveränitätsverhandlungen für Singapur folgenden Bericht:

D. Str. Der Hauptminister der noch nicht souverän^{en} englischen Insel festung Singapur im Fernen Osten, Lim Yem Hock, führt zur Zeit in London Verhandlungen mit dem englischen Kolonialministerium, deren Ziel es sein soll, dem Stadtstaat Singapur eine Selbstverwaltung zu geben, die lediglich innerpolitische Hoheiten hat. Ausserpolitik und äussere Verteidigung sollen in britischen Händen bleiben. Zu gleicher Zeit wird die Souveränität der Malaisischen Föderation vorbereitet, deren Verhältnis zu Singapur ebenfalls behandelt wird. Die wichtigsten Fragen sind dabei die innere Sicherheit Singapurs, der Schutz gegen Umsturzversuche, die insbesondere von den Kommunisten intensiv betrieben werden. Zwar ist es gelungen, den Kleinkrieg rotchinesischer Partisanen in Malaisia weitgehendst einzudämmen, jedoch ist damit keine Garantie für die Sicherheit Singapurs gegeben, denn in der Stadt haben die eingewanderten Chinesen eine erdrückende Mehrheit.

Wir Europäer kennen den Chinesen aus Erzählungen, aus Zeitungen und Filmen, aber nur wenige Menschen wissen, dass die Chinesen das fruchtbarste Volk der Erde sind und dass das grosse Land seine Sendboten über den ganzen Fernen Osten verteilt, denn diese Chinesen sind Handelsleute, wie sie im Buche stehen. Manche beginnen mit einer verrosteten Brottrommel und sind bald Besitzer eines schmacken Automobils. Die

grosse Masse aber ist bettelarm.

Wer bisher nicht recht verstehen konnte, warum China dem Kommunismus unterlag, darf sich nur China-Town in Singapur an. Rund 80 Prozent der Einwohner der Millionenstadt Singapur sind Chinesen. Es klingt für unsere Verhältnisse in Europa fast unbegreiflich, aber um die Situation in Singapur zu verstehen, ja, um den Gang der Entwicklung im Fernen Osten überhaupt zu erfassen, ist es nötig, den Ausspruch eines Engländers zu zitieren, der sagte: "Chinas Frauen sind die stärkste Waffe Mass, they bear like rats".

Danach sind auch die sozialen Verhältnisse in China-Town. Obwohl die britische Regierung alles tut, um die Chinesen zu unterrichten und sie anzuhalten, für eine auf Hygiene ausgerichtete Gesundheit zu sorgen, so ist der Erfolg - mit einigen Ausnahmen natürlich - gleich Null. Vor den Laderreihen China-Towns wälzen sich Chinesenkinder in Dreck und Speck. Die Kanalisation läuft überirdisch an den Kaufplätzen vorbei, in denen Lebensmittel feilgeboten werden. Moskitos und Fliegen, Bazillenträger ersten Ranges, sind ständige Gäste in den Häusern, in denen Familien mit 10 bis 15 Kindern in Zimmern hausen, die etwa unseren Speisekammern gleichkommen, raumfüllig gesteckt.

Allerdings wäre es verfehlt, diesen Menschen unterschieden zu wollen, sie seien etwa asoziale Elemente. Das ist durchaus nicht der Fall. Wenn man als "Blacker", so nennt man hier die weissen Frauen und Männer, durch China-Town spaziert, so begegnet man stundenlang fast keinem Europäer, und man wird das dumpfe Gefühl nicht los, als werde man den sicheren Hafen allenfalls ohne Kamera und Geld wieder erreichen. Aber nichts dergleichen geschieht. Die Überfälle kommunistischer Banden ausserhalb Singapurs haben noch nicht auf die Stadt übergegriffen, und der Engländer, der mit Tanks und Panzerwagen aus "dem Dschungel" kommt, hat in Singapur das Heft fest in der Hand.

Aber: China ist nicht weit, und wo Chinesen sind, da halten sie zusammen. So weiss man nicht, wohin diese Entwicklung noch einmal führen kann.

* * *

Mobilmachung einer CDU-Hilfsfirma

WP. Die Christlichen Demokraten hatten sich bereits im Bundestagswahlkampf 1953 von allen anderen Parteien dadurch unterschieden, dass sie zu aller Überraschung plötzlich über eine Fülle von bis dahin meist völlig unbekanntem Organisationen verfügen konnten, die für sie einen ausgedehnten und kostspieligen Plakatanschlag vornahmen, Broschüren in Massenaufgaben verbreiteten und sich auf andere Weise für die politischen Ziele der CDU einsetzen, ohne dass ein politischer Zusammenhang für den Aussenstehenden erkennbar war. Wenn es erlaubt ist, aus den bisherigen Beobachtungen Schlüsse auf den diesjährigen Wahlkampf einzuziehen, so dürfte die Zahl der getarnten Hilfsorganisationen der CDU um ein Vielfaches höher sein als 1953. Auch das offene Eingeständnis des Katholischen Männerwerks, eine zentral gelenkte Wahlhilfsorganisation für die CDU aufbauen zu wollen - wenn auch die Pfarrer selbst nach aussen nicht in Erscheinung treten sollen - übersteigt ja bereits bei weitem das bisher bekannte Mass von Parteinehmer zugunsten einer bestimmten politischen Gruppe.

Nun hat nach unseren Informationen auch die Propagandafirma "Mobilwerbung GmbH" die Vorbereitungen für den Grosseinsatz ihrer "nach dem letzten Stand der Technik" eingerichteten Volkswagenbusse abgeschlossen. Über 40 Wagen, von denen jeder einzelne einen Wert von etwa 25.000 DM darstellt, besetzt von je einem Techniker und Redner und eingerichtet mit modernsten Tonfilmapparaturen, Lichtbildwerfern und Lautsprechern, sollen zunächst einmal das durch den englisch-französischen Angriff auf Ägypten gesunkene Ansehen des "Nordatlantikkpakt" heben helfen und indirekt damit der Regierung Adenauer propagandistische Vorteile bringen. Die "Redner" und Techniker sind auf Kursen in Bonn und Kehl am Rhein ausgebildet.

Es sind Parteifunktionäre der CDU, aber auch Studenten, die sich in den Semesterferien ihr Studium verdienen. Bemerkenswerterweise unterstützt auch der "Verband deutscher Soldaten" diese Propagandaaktion, indem er in Mitglieder-Rundschreiben Bewerber für die Bundeswehr, die ihre Übernahme erwarten, sich aber in keinem festen Angestelltenverhältnis zur Zeit befinden, auf die Möglichkeit hinweist, "bei der 'Mobilwerbung GmbH' in Bonn, im Auftrage des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung als Redner und Begleiter von Filmwagen, einge-

stellt zu werden". Den Interessenten wird mitgeteilt, dass die "monatliche Vergütung im Anfang 350.-- DM, dazu pro Einsatztag einschliesslich Sonntag 14.-- DM" beträgt. "Interessenten melden sich bitte bei der Geschäftsstelle." Ebenso wie bereits der letzte Jahresbericht des "Verbandes deutscher Soldaten" beweis das zitierte Rundschreiben die völlige Gleichschaltung des Verbandes mit den politischen Zielen der Regierung Adenauer. Es ist ausserordentlich kennzeichnend, dass er sich jetzt sogar schon für propagandistische Hilfsdienste zugunsten der CDU im Wahlkampf bereitfindet.

An der Schulung der "Redner" haben nach unseren Informationen Offiziere der Bundeswehr mitgewirkt. Man brachte den Rednern bei, wie ein 5-Minuten-Referat zweckmässig aufgebaut und gegliedert wird und verzichtet nicht darauf, sie mit Argumenten vertraut zu machen, die sich für eine Widerlegung einer möglichen sozialdemokratischen Gegenpropaganda - vor allem gegen die Wehrpflicht - eignen. Auch hierin kommt der parteipolitische Charakter der Aktion deutlich zum Ausdruck. Ausserdem sind die Wagenbesetzungen angewiesen, als ihren Auftraggeber die unverfänglicher klingende "Stelle für staatsbürgerliche Information" bei ihrem Antrag anzugeben, weil es sein könnte, dass sich inzwischen herumgesprochen hat, wie einseitig der politische Hintergrund der "Mobilwerbung" in Wirklichkeit ist.

Die Firma "Mobilwerbung" war im Übrigen niemals ein Unternehmen, das auf rein geschäftlicher Grundlage arbeitete. Sie entstand Ende 1952 bei der Vorbereitung des damaligen Bundestagswahlkampfes, richtete Tonaufnahmewerks ein, kaufte sie erst 20 Ton-Bild-Wagen an und fuhr vor genau einem Jahr Generalprobe - damals allerdings für die Europa-Union. In den dann folgenden zehn Wochen Wahlinsatz in Orten unter 2.000 Einwohner ("... in denen es selten ein Kino gibt und in denen weniger Zeitungen gelesen werden als in den Großstädten...") wurden die damaligen Regierungspropaganda-Filme 3,70mal aufgeführt, ferner kündigten die Ton-Bild-Wagen nach eigenen Angaben weitere 1200 Versammlungen durch Lautsprecherwerbung an. Ausserdem brachten sie 60 Tonnen Propagandamaterial zur Verteilung. In einer von der "Mobilwerbung" herausgegebenen Schrift heisst es über den Erfolg dieser Propagandaaktion, in welcher die Wagen "in der vordersten Front des Wahl-

